**Satzung über die Durchführung des § 5 Abs. 2 Nr. 2
des Kinder- und Jugendhilfegesetzes
für Baden-Württemberg (LKJHG)**

Aufgrund des § 3 der Landeskreisordnung für Baden-Württemberg i. d. F. vom 19.06.1987, zuletzt geändert durch Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 04.05.2009, in Verbindung mit § 5 Abs. 2 Nr. 2 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg (LKJHG) i. d. F. vom 14.04.2005 (GBl. S. 376 ff.), zuletzt geändert durch Viertes Rechtsbereinigungsgesetz vom 04.05.2009, hat der Kreistag des Landkreises Konstanz am folgende Satzung erlassen:

§ 1

Der Landkreis erstattet der Großen Kreisstadt Konstanz als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Personalkosten für die Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII (KJHG) zu zwei Dritteln nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen.

§ 2

- (1) Für die Ermittlung des Erstattungsbetrages werden die Arbeitgeberaufwendungen für die Mitarbeiter zugrunde gelegt, die für folgende Aufgaben zuständig sind:
 - a) Wirtschaftliche Jugendhilfe
 - b) Amtsvormundschaften/Beistandschaften
 - c) Unterhaltsvorschussleistungen
 - d) Allgemeiner Sozialer Dienst einschl. Pflegekinderdienst, Jugendgerichtshilfe
 - e) Jugendhilfeplanung (50% einer Vollzeitstelle)
 - f) Erziehungsberatungsstelle
- (2) Für sonstige Personalkosten (Querschnittsleistungen) werden pauschal 7,5 % aus der Summe nach Abs. 1 lit. a) bis f) erstattet.
- (3) Die Versorgungsumlage für Ruhestandsbeamte aus den in § 2 Abs. 1 genannten Aufgabenbereichen wird im Verhältnis ihrer in diesen Bereichen zurückgelegten Dienstzeit zur gesamten ruhegehaltsfähigen Dienstzeit, sowie gegebenenfalls für deren Hinterbliebene zu zwei Dritteln erstattet. Die anrechenbare ruhegehaltsfähige Dienstzeit wird frühestens am 01.03.1996 berücksichtigt. Der Bezug der Versorgungsbezüge zur Umlage richtet sich nach dem Vomhundertsatz, wie er durch den Kommunalen Versorgungsverband für den Landkreis festgesetzt wurde.
- (4) Die Personalkosten von Mitarbeitern für weitere Aufgaben können nicht erstattet werden.

§ 3

Die Anzahl der Mitarbeiter für die Aufgaben nach dem SGB VIII bestimmt die Stadt Konstanz durch ihren Stellenplan. Die Besoldung/Vergütung der Mitarbeiter verbleibt in der Personalhoheit der Stadt. Der Landkreis behält sich vor, für die Berechnung der Erstattungen nach § 5 Abs. 2 LKJHG die Bewertung von Stellen anzupassen, wenn diese von der Bewertung vergleichbarer Stellen beim Landkreis abweicht.

§ 4

- (1) Die Stadt Konstanz teilt dem Landkreis ihre Personalkosten für die Mitarbeiter für die in § 2 Abs. 1 genannten Aufgaben bis zum 31. März des Folgejahres mit. Sie fügt eine Liste mit Funktionen sowie Besoldungs-/Vergütungsgruppen bei. Nach termin- und sachgerechter Vorlage der Abrechnungsgrundlagen führt der Landkreis die Festsetzung und Abrechnung des Erstattungsbetrages bis zum 31. Mai des Folgejahres durch.
- (2) Der Landkreis leistet Vorauszahlungen jeweils auf den 10. des dritten Monats des Kalendervierteljahres in Höhe eines Viertels aus 90 % des endgültig festgesetzten Vorjahresbetrages. Sofern bei Fälligkeit der Vorauszahlung für das erste Quartal die Abrechnung des Vorjahres noch nicht erfolgt ist, wird die Abschlagszahlung für dieses Quartal auf der Grundlage der Abrechnung des zweitvorangegangenen Jahres berechnet.

§ 5

- (1) Die Stadt Konstanz stellt die Berichte über örtliche und überörtliche Prüfungen der Jugendhilfe dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises zur Verfügung.

§ 6

Neben den in § 5 Abs. 2 Ziffern 1 und 2 LKJHG Baden-Württemberg aufgeführten Leistungen erstattet der Landkreis der Stadt Konstanz auch die Kosten für ambulante Leistungen nach §§ 27 Abs. 3, 29 und 35 a SGB VIII.

§ 7

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.

Konstanz, den

gez. Frank Hämmerle, Landrat

Hinweis für die öffentlichen Bekanntmachungen der Satzungen:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens oder Formvorschriften der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO) oder aufgrund der LKrO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 3 Abs. 4 LKrO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Landkreis geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Öffentlichkeit der Sitzung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.